

Working Group I

Working document 24

Working Group I on the Principle of Subsidiarity

Subject: Copy of the letter sent by Mr. Meyer, Member of the Convention, to the President of Working Group Mr. Iñigo Méndez de Vigo

Members of Working Group I will find hereafter a copie of the above referenced letter

An den Vorsitzenden
der AG Subsidiarität
des Europäischen Konvents
Herrn Íñigo Méndez de Vigo, MdEP
Europäisches Parlament
60, rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

Lieber Íñigo,

vielen Dank für die Übersendung deines Entwurfs für die Schlussfolgerungen unserer Arbeitsgruppe vom 17. September 2002.

Mit deiner Zusammenfassung unserer Beratungen und insbesondere der Betonung des vorrangig politischen Charakters der Subsidiaritätskontrolle bin ich sehr einverstanden. Ebenso freue ich mich, dass sich unsere Gruppe nach intensiver Debatte gegen die Schaffung eines neuen Gremiums aus nationalen Parlamentariern und für die Etablierung von ex-ante-Verfahren zur Subsidiaritätskontrolle unter Einbeziehung der nationalen Parlamente ausgesprochen hat, die den europäischen Gesetzgebungsprozess nicht verlängern oder behindern werden. Da wir uns gleichzeitig auf eine ex-post-Klagemöglichkeit der nationalen Gesetzgeber verständigt haben, bin ich davon überzeugt, dass unsere Beratungen zu einem guten und sinnvollen Kompromiss zwischen den anfänglich sehr unterschiedlichen Ansätzen zur Verbesserung der Subsidiaritätskontrolle geführt haben.

Ich möchte darum nur einige wenige Bemerkungen zu den folgenden Punkten in Dokument WD 19 machen:

1. Seite 7, Absatz 1 und Seite 8, Absatz 1 („d'un vote par l'ensemble de l'Assemblée concernée / d'un vote en séance plénière“). Über die Abgabe einer Stellungnahme zur Übereinstimmung von europäischen Legislativvorschlägen mit dem Subsidiaritätsprinzip wird jedes Parlament entsprechend der nationalen Rechtslage und seiner spezifischen Verfahrensordnung entscheiden. Der Deutsche Bundestag hat beispielsweise seinen Europaausschuss als einzigem Ausschuss das Recht eingeräumt, stellvertretend für das Plenum Beschlüsse zu fassen. Ähnliche parlamentsrechtliche Besonderheiten gibt es auch in vielen anderen Mitgliedstaaten, sodass das Verfahren zur Erarbeitung einer Stellungnahme selbstverständlich nur von den nationalen Parlamenten selbst bestimmt werden kann.

2. Seite 7, Absätze 2–4: Die Festlegung weiterer Begründungs- und Überprüfungspflichten für die EU-Institutionen und die Bestimmung entsprechender Mindestquoten scheint mir nicht sinnvoll. Das individuelle ex-post-Klagerecht der nationalen Parlamente verleiht jeder einzelnen Stellungnahme der nationalen Gesetzgeber nach meiner Überzeugung ein ausreichendes Gewicht, auch ohne dass eine bestimmte Zahl von Parlamenten mit bestimmten Bevölkerungsmehrheiten identische Subsidiaritätsbedenken äußert.

3. Seite 7, Absatz 6, Satz 1 („à plusieurs membres du groupe“): Der Vorschlag, Stellungnahmen der nationalen Parlamente auch im Vermittlungsverfahren zu ermöglichen, beruht auf der Erwägung, dass oft erst im Verlauf des europäischen Legislativverfahrens durch die Abänderungen im EP und im Rat Regelungen geschaffen werden, die aus Sicht der nationalen Parlamente das Subsidiaritätsprinzip verletzen. Nach meiner Erinnerung hat es darum in unserer Gruppe eine sehr deutliche Zustimmung (und lediglich von zwei Kollegen Zweifel, die aber wohl ausgeräumt sind) für die Schaffung einer Beteiligungsmöglichkeit der nationalen Parlamente auch zum Ende des europäischen Gesetzgebungsverfahrens gegeben. Weil auch die ex-post-Klagebefugnis der nationalen Parlamente von einer vorherigen Intervention auf europäischer Ebene abhängen soll, ist es mir wichtig, dass der ganz überwiegende Zuspruch unserer Gruppe zur Öffnung des Vermittlungsverfahrens für die Stellungnahmen der nationalen Gesetzgeber deutlich wird. Es sollte also heißen: „le groupe“ statt lediglich „plusieurs membres du groupe“.

Ich bedauere sehr, wegen dringender Termine in Berlin ausnahmsweise nicht an unseren Beratungen am Donnerstag teilnehmen zu können, und wünsche der gemeinsamen Sitzung mit der AG zur Rolle der Nationalen Parlamente einen erfolgreichen Verlauf.

Mit besten Grüßen



(Prof. Dr. Jürgen Meyer)